

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 120.— M. Durch Austräger 30.— M. pro Woche. Durch die Post 2000.— M. pro Monat und Nachzahlung d. Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft Redaktionsstunde: 5—8 Uhr nachmittags. — Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8837

Sonnabend, 24. März 1923.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 50.— Markt Stellen- und Wohnungsangehige, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 15.— M. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Markt. — Kellame: Die Millimeterzeile 8gespaltene über deren Raum im Text 150.— Markt.

Abbruch des Streites in Oberschlesien?

Gleiwitz, den 23. März 1923.

Die Gewerkschaftsführer haben im Verein mit den Unternehmern ihr Ziel erreicht! Sie haben auf der heutigen „Betriebsrätekonferenz“ eine „Verständigung“ herbeigeführt. Acht Tage lang haben sie die Verhandlungen hinausgezögert, um durch diese Verschleppungen den Kampfeswillen der Streikenden zu lähmen. Immer wieder wurden die Verhandlungen vertagt. Die Unternehmer waren äußerst hartnäckig und die Gewerkschaftsführer brachten lange nicht den Mut auf, gänzlich vor ihnen zu kapitulieren. Endlich, in der Nacht zum Freitag nahmen sie folgende Bedingungen der Unternehmer vorbehaltlich der Zustimmung der heutigen Revierkonferenz an:

1. Die beteiligten Verwaltungen wiederholen die bereits früher abgegebene Erklärung, daß sie keine illegalen staatsfeindlichen Organisationen in irgend einer Form unterstützen oder fördern. Auf Grund dieser Erklärung werden die in der Resolution vom 18. März gegen die Arbeitgeber erhobenen Vorwürfe von den Gewerkschaften nicht aufrecht erhalten.
2. Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über das Abkommen betreffend Gewährung von Soziallohn für Krankheitsfälle und Deputatlohn für Invaliden sollen durch neue Verhandlungen, die spätestens in der ersten Beratung über den Manteltarif oder spätestens in der Woche nach Ostern stattfinden sollen, geregelt werden.
3. Maßregelungen aus Anlaß des Streits unterbleiben. Die entlassenen fünf Betriebsratsmitglieder sollen in anderen Betrieben untergebracht werden.
4. Die durch den Streik veräußerten Schichten werden auf Urlaub und Deputatlohn inwieweit nicht angerechnet, als die ausgefallenen Schichten durch Verfahren von Uberschichten ohne prozentualen Aufschlag nachgeholt werden.

Die Unternehmer wissen was sie mit diesen Bedingungen wollen: eine vollständige Niederlage der Streikenden. Statt der Unterdrückung der linterrevolutionären Banden und statt proletarischer Sicherungen eine platonische Erklärung der Unternehmer, mit der nichts anzufangen ist. Statt der Sicherung des Soziallohnes für Krankheitsfälle eine Verschiebung dieser Frage auf später, das heißt nach allen bisherigen Erfahrungen eine Ablehnung der Forderungen der Arbeiter. Maßregelungen sollen unterbleiben und schon wird bekannt, daß mehr als 1300 Streikende gemäßigert wurden! Die Betriebsräte sollen wieder eingestellt werden, aber als Arbeiter auf anderen Gruben, d. h. sie sollen der brutalen Willkür des Unternehmertums preisgegeben werden. Und die veräußerten Schichten sollen gar durch Veseitigung des Achtstundentags nachgeholt werden.

Ein vollständiger Sieg der Unternehmer! Eine reflexlose Kapitulation der Gewerkschaftsführer!

Dabei waren diese „Arbeiterführer“ noch zu feigen Verrat mit ihren Namen zu decken. Sie stimmten vorbehaltlich der „Zustimmung“ der Revierkonferenz dafür. Dann setzten sie ihren ganzen bürokratischen Machtapparat in Bewegung, diese Zustimmung der Konferenz zu erzielen. Alle Betriebsräte der Union, d. h. die Mehrzahl der revolutionären Betriebsräte, wurden nicht zugelassen. Um aber ihrer Sache ganz sicher zu sein, ließen die Gewerkschaftsführer in dieser Konferenz außer den Betriebsräten noch die Gewerkschaftsfunktionäre aufmarschieren, die wohldisziplinierten, die alles „im Interesse der Organisation“ tun — selbst dem Unternehmertum helfen. Dann mußten alle demagogischen Mittel herhalten. Ein Stab von „großen Kanonen“ war angerückt und jedes kampfesmutige Wort wurde mit einem Phrasenschwall beantwortet. Mehr als vier Stunden wurden so die Betriebsräte bearbeitet. Immer und immer wieder sprach eine Kanone — bis endlich gegen 3 Uhr die Lage günstig schien. Es wurde zur Abstimmung geschritten. Mit 122 gegen 85 Stimmen wurden diese Bedingungen angenommen. (Wir werden in der nächsten Nummer noch auf die Konferenz eingehen. Die Red.)

Noch haben die Arbeiter nicht gesprochen? Noch besteht die Möglichkeit, daß die Arbeiter Oberschlesiens entgegen den Beschlüssen der Betriebsräte den Kampf fortführen. Die Entscheidung darüber fällt in den Stunden, da diese Zeilen gedruckt werden. Die Belegschaften nehmen zu dieser Zeit Stellung zum Ergebnis der Konferenz. Schamloser Führerverrat wird mit dem Kampfeswillen des ober-schlesischen Proletariats ringen.

Cuno und Siering „vermitteln“.

Die Presse meldet:

Handelsminister Siering hat sofort nach Bekanntwerden des Ausbruches von Teilstreiks in ober-schlesischen Gruben den Leiter des Oberbergamtes in Breslau telegraphisch ersucht, sich um die Beilegung des Streiks zu bemühen. Der Handelsminister ist ferner mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung getreten, worauf ein Kommissar in das Streitgebiet entsandt wurde. Auch der Regierungs- und Gewerberat Brandes in Oppeln hat sich um die Beilegung des Streiks bemüht.

Reichsstaatsrat Dr. Cuno hat gestern an die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der ober-schlesischen Montanindustrie folgendes Telegramm gerichtet:

„Ohne zu den von mir nicht übersehbaren Einzelheiten des dort entstandenen Streikfalles Stellung zu nehmen, bitte ich Sie mit Rücksicht auf die außenpolitische Gesamtlage und die innere wirtschaftliche Auswirkung dringend, sich dafür einzusetzen, daß über die das Arbeitsverhältnis betreffenden Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verhandlungen im Geiste des Verständigungswillens aufgenommen werden. Von befriedigender schneller Regelung hängt die Erhaltung der ober-schlesischen Steinkohlenförderung wie die weitere Durchführung des Uberschichtensommers in Niederschlesien ab.“

Das Hindenburg „Volksblatt“ kommentiert also das Telegramm des Kanzlers:

„Die Mahnung des Reichsstaatsrats, die Verhandlungen im Geiste des Verständigungswillens zu lösen, beweist, wie ernst die Lage von der Regierung beurteilt und dringend eine friedliche Lösung des Streikkonflikts in Berlin erwartet wird.“

Die „Schlesische Volkszeitung“:

Die Mahnung des Reichsstaatsrats hat den Erfolg gehabt, daß die streitenden Parteien im Laufe des heutigen Tages wieder an den Verhandlungstisch gekommen.

Je mehr der Streik andert, desto ungünstiger wird die Sache für das Proletariat. Denn immer wieder sind es die Arbeitervertreter, die im Interesse von „Ruhe und Ordnung“, des Burgfriedens, Wirtschaftsfriedens des Staates, auf Kosten des Proletariats ein Kompromiß abschließen, daß den Proleten um die Früchte seines Kampfes bringt. Gehandelt muß werden!

Zu der Entlassung Rektor Günthers.

Wie aus Gleiwitz gemeldet wird, ist der am Dienstag verhaftete Vorsitzende der deutschen nationalen Volkspartei Rektor Günther-Gleiwitz, am 21. März wieder aus der Haft entlassen worden.

Haben die Behörden keine Courage gehabt, ihn festzuhalten? Oder will man ihm Gelegenheit geben zu entweichen? „Schlesische Zeitung“ und „Neues Tageblatt“ entrüsteten sich über die Verhaftung Günthers. Die „Schlesische Zeitung“ schreibt u. a.:

Rektor Günther war während der Franzosenzeit als geistiger Führer des hiesigen Selbstschutzes bekanntgewesen. Die Franzosen haben ihm auch wiederholt Behufe in seiner Wohnung abgestattet, es aber niemals gewagt, seine Person anzutasteten. Das rücksichtslose Vorgehen der Polizei wird damit begründet, daß Günther beschuldigt sei, Verbindung mit der Organisation G gehabt zu haben, und daß Verbindungsgänge beständen. Welche Stimmung durch diese Verhaftung des hochverdienten und allseitig geachteten Mannes ausgelöst worden ist, das kam zum Ausdruck in einer gestern abend abgehaltenen Besprechung, an der Männer und Frauen aller Parteilichungen teilnahmen. Die Einzelheiten der polizeilichen Vorgehens wurde eingehend mißbilligt, zum mindesten als schwerer Mißgriff bezeichnet. In der Tat muß es eigentümlich wirken, wenn in der gegenwärtigen Zeit schwerster Bedrängnis für unser Vaterland in dem erst kaum beruhigten Oberschlesien ein Kommunist Jaddasch durch seine Generalstreikhege die Geschäfte unserer Feinde besorgen darf, während ein in Not und Gefahr bewährter deutscher Mann auf Grund irgendeiner Denunziation wie ein Schwerverbrecher nachts aus dem Bett heraus verhaftet und fortgeschleppt wird. Als Rechtsbeistände haben sich für Rektor Günther die drei hiesigen Rechtsanwälte Kaffanke, Dr. Braun und Dr. Sohn zur Verfügung gestellt.

Wir wissen, daß Günther nicht nur der geistige Führer des Selbstschutzes war. Die „Roll“, „Koffer“ und „Popfabrikneider- und Nordkommission“ arbeiteten mit ihm in engster Verbindung. Günther hat sich keinesfalls um das Proletariat verdient gemacht und müssen

die Proleten darauf bestehen, daß ihm das Handwerk gelegt wird. Im übrigen steht es ja fest, wer in „der gegenwärtigen Zeit schwerster Bedrängnis, für unser (!) Vaterland die Geschäfte unserer Feinde besorgt!“ Nicht Genosse Jaddasch mit seiner angeblichen „Generalstreikhege“, sondern die Herren Großagrarien, Großwucherer und Großjadelbewahrer, und die Antilinpatrioten, die dem an der Ruhr in Abwehrkampf stehenden und allein seine Lasten tragenden Proleten in den Rücken fallen. Wer im Glashaushaus sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen.

Die Presse zum Kampf in Oberschlesien.

Charakteristisch ist das Verhalten der BSPD-Presse Schlesiens zu dem Streit der Arbeiterschaft Oberschlesiens. Während sie in der Presse zuweilen einen radikalen Ton anschlägt und so tut, als täte sie etwas, sabotiert diese selbe Bürokratie hinter den Kulissen noch und noch. Deswegen rufen wir den Arbeitern Oberschlesiens noch einmal zu: Schaut ihnen nicht auf den Mund, schaut „auf die Knochen“!

Nachstehend bringen wir einige Presseäußerungen die in den letzten Tagen die Spalten der schlesischen und ober-schlesischen Presse füllten.

Das „Volksblatt“, (BSPD. Organ) Hindenburg, schrieb in Nr. 66 unter der Ueberschrift: „Die Unter-nehmer warnen die Arbeiter“:

Die Organisationsvertreter haben alle Mühe, um die mit Recht empörte Arbeiterschaft zu beruhigen. Für jeden vernünftig denkenden Menschen ist das Verhalten der ober-schlesischen Kapitalisvertreter unerklärlich (!) Es scheint fast, als wenn die Herrschaften eine Dolchstoßlegende herbeiwünschten. Sie glauben, daß die Zeit gekommen ist, wo sie einen Schlag gegen die gewerkschaftlichen Organisationen führen können. Sie haben längst die Zeit vorgelesen, wo sie winkelnd die Organisationsvertreter auf die Werke zu Hilfe riefen, die sich den berechtigten Zornesausbrüchen der mißhandelten Arbeiterschaft aus geschlichen (!) und menschlichen (!) Gründen mäßigend entgegenwarfen. Heute fühlen sie sich, dank der besorgenen Agitation der Kommunisten (!) wieder als die absoluten Herren, die nur zu befehlen haben.“

Es ist also die „verlogene Agitation der Kommunisten“, die die Unternehmer wieder zu „absoluten Herren“ gemacht hat. Gut gebrüllt, Löwe! Wer hat denn die Arbeiterschaft entwaffnet? Wer hat sie mit Maschinen-gewehren und Kartätschen bearbeitet? Wer betreibt seit der Revolution kapitalistische Wiederaufbau-Politik? Darauf werden sich die Redakteure des „Volksblattes“ wohl selbst Antwort geben können. Wenn sie ehrlich wären, müßten sie es ihren Lesern sagen, daß gerade die reform-fähig-sozialpatriotische Politik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer den Unternehmern auf die Beine geholfen hat. Oder haben sich die Organisationsvertreter auf den Hüften der „winkelnden Unternehmer“ nicht, den berechtigten Zornesausbrüchen der mißhandelten Arbeiterschaft aus geschlichen und menschlichen Gründen mäßigend entgegen geworfen?“

Der „Volkswille“, das in Polnisch-Oberschlesien erscheinende Organ der deutschen sozialdemokratischen Partei Polens, schreibt in Nr. 65 vom Mittwoch den 21. März:

Die Bergmannsmagnaten des deutschen Westens (West-oberschlesiens d. Red.) ließen es sich gefallen, daß ihnen die Kohlensteuern gesundet wurden. Sie hatten auch eine himmlische Geduld, als die Arbeiter Ueberstunden machten und den Profit ihres Geldsacks vergrößerten. Bisher ließ es immer, aus Patriotismus müssen wir fördern, müssen wir mehr, als sonst fördern. Jetzt hat man diese Methode urpöflich vergessen und die nackten Portemonnaieinteressen kamen zum Vorschein. Der Wille kommt zum vollen Durchbruch, wieder einmal Herr im Hause zu sein. Nichts als das! Der Kapitalist D. u. Sch. Oberschlesiens fühlt sich sicher. Er denkt Polnisch-Oberschlesien liefert Kohlen genug, damit wir unsere übrigen Werke in Gang halten können. Mag darüber das Reich in Schamnen gehen, der Profit muß und darf bleiben. Ein Schlag wird ihnen (den Unternehmern) nicht befohlen sein, wenn sich die gesamte Arbeiterschaft behauptet, daß der Kampf letzten Endes um höhere Dinge geht, als nur um die Entlassung von einigen Betriebsräten. Bleibt die Arbeiterschaft geschlossen, bleibt sie einig und auch besonnen, dann wird der Wille der Unternehmer abgegesen werden. Und noch mit die Arbeiter Deutsch-Oberschlesiens, auch die in unserer Zeile des Landes wohnen von diesem Siege des Proletariats Gewinn haben.“

Da „Volksblatt“ Nr. 67 vom Donnerstag, den 22. März schreibt zur Lage in Oberschlesien, die Zustände schildernd, unter denen die Arbeiterschaft Oberschlesiens bisher frönte, u. a.:

Einige unbedeutende Bestöße gegen gesetzliche Bestimmungen, die sich eine kleine Anzahl Betriebsräte im Streik

Die Bilanz von Frankfurt a. M.

Von Paul Hauer.

Frankfurt, den 22. März 1923.

I.

Die vom 17. bis 20. März 1923 in Frankfurt tagende Internationale Konferenz, die der Initiative der rheinisch-westfälischen Betriebsräte entsprang, hat — nehmt alles nur in allem — gute Arbeit geleistet. Was konnte, was wollte sie unter den gegebenen historischen und politischen Bedingungen bringen?

Alle Widerstände und Sabotageversuche, alle Regiekünste der offiziellen sozialdemokratischen Parteileitung und der mächtigen, immer noch allzu mächtigen Gewerkschafts-Überbürokraten konnten nicht mehr verhindern, daß Mitglieder der SPD. der Einladung zur Konferenz folgten, daß sie zusammen — schrecklich zu denken — mit USP. und RPD-Mitgliedern berieten, verhandelten und Beschlüsse faßten. Ja, sie fanden ein Aktionsprogramm, das versucht, den Weg zu weisen, der aus dem bürgerlichen Chaos der Anarchie hinausführt. Hier spaltete kein Kommunist. Hier wurde die vielberedete Einheitsfront wenigstens in ihren Anfängen — praktisch hergestellt.

Hier fühlten sie sich nicht in erster Linie als Mitglieder der SPD. oder der USP., sondern als revolutionäre Mitglieder der Arbeiterklasse. Nie hat eine Situation so geschrien nach Zusammenbruch aller Proletarier, aller Ausgebeuteten und Enterbten. Nie war eine Situation günstiger als diese: für den Vorstoß der Arbeiter, für den Sturz der argbedrohten herrschenden Klasse, für die Ergreifung der Macht durch das Proletariat.

Loucheur und Stanes liegen sich in den Haaren. Zwei verfeindete Brüder. Was liegt näher, daß die von ihnen und ihresgleichen verflachte, in Abhängigkeit und Elend gehaltene Arbeiterklasse sich erhebe, den tertius gaudens (den lachenden Dritten) spiele und endlich seine Macht, seine unüberwindliche Macht, den Kapitalisten von heute, die ohne sie nicht einen Tag zu leben vermöchten, verriebe, mit ihren Fäulnis ihnen bewiese?

Aber — so reif objektiv die Verhältnisse zu liegen scheinen — so wenig reif subjektiv ist die deutsche und französische Arbeiterklasse, in diesem Augenblick zur Uebernahme der Macht. Durch die Reformisten verdoht, gleichgültig und indolent gemacht, wissen große Teile des Proletariats nichts von ihrer ungeheuren Stärke, wenn sie einig wären, wissen sie heute noch nicht, daß die Macht auf der Straße liegt. Daß die Gesamtheit der Kopfs- und Handarbeiter, zusammengefaßt und revolutionär organisiert, sie nur aufzunehmen brauchte.

Denn: die herrschende Klasse verfaßt am eigenen Leibe. Ist krank und moribund. Ihre Wirtschaftsordnung ist juppitisch zerfallen. Aber noch in ihrer Fäulnis hat sie sich bisher dadurch zu retten verstanden, daß sie sich die Hilfe von Arbeiterführern suchte. Dergefall, daß es niemanden mehr besonders auffällt, wenn ein Sozialdemokrat, ein junger Jahre der „glorreichen deutschen“ Revolution trat, ein hoher Gewerkschaftsführer, im Bunde faschistisch gemunter Agrarier auftritt und mit Recht von ihnen — auf Grund einer hurratriotischen Rede — Ovationen empfängt. Daß es aber denselben Freunden dieses Sozialdemokraten unmöglich scheint, gemeinsam mit Kommunisten über die Not der Gesamtarbeiterklasse zu beraten. Mit dem Grafen W. Starb, den Herren Hefflerich und Cuno, mit allen Ludendorff-Freunden — ja, mit Klare Jettin und Brandier — nem! Psui Spüme, rufen da seine Sozialdemokratische Führer.

Von unten auf aber brodet es ihnen entgegen: wir wollen mit unseren Klassengenossen uns lieber koalieren, als mit unseren Klassenfeinden! Ihr geht mit Stimmes, bildet mit seinem Prokuristen Regierungen in Preußen und morgen mit seinem Oberprokuristen Strejemann womöglich im Reich. Wir gehen mit Jettin und Brandier. Schützt uns aus, wenn Ihr wollt! Wenn Ihr könnt, noch könnt! Ohne Furcht erklärten diese einfachen sozialdemokratischen Arbeiter auf der Frankfurter Konferenz:

Durch die Ruhrbesetzung hat der Chauvinismus in Frankreich und in Deutschland neue Nahrung bekommen. Unter dem Deckmantel der Verteidigung nationaler Interessen eilen die Faschisten haben und drücken gegen das Proletariat. Sie versuchen, einen neuen Krieg zu provozieren, um die Arbeiterklasse umso leichter zu verflaven.

In dieser Situation ist es unabdingbares Gebot, daß die Arbeiterklasse national und international die Einheitsfront bildet, um den Kampf zu führen gegen das Bösen der herrschenden Imperialisten, gegen die Kriegsgefahr, die durch die Ruhrbesetzung heraufbeschworen ist und gegen den Faschismus in allen Ländern. Nur wenn die Arbeiterklasse geschlossen vorgeht, wird sie in diesem Kampfe liegen.

Deswegen fordern wir, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund jeder Koalition und Arbeitsgemeinschaft mit dem deutschen Kapital ein Ende machen und den Kampf um die Arbeiterregierung im Reich und Land aufnehmen.

Die deutsche Bourgeoisie ist mitschuldig an dem Kriege und an der Ruhrbesetzung. An die Stelle der Verbindung mit der Bourgeoisie muß die Verbindung mit dem revolutionären Proletariat, mit der USP. und RPD treten. Nur wenn wir den Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie aufnehmen, werden wir die einheitliche Kampffront mit der Arbeiterklasse Frankreichs, Belgiens, Englands und aller übrigen Länder herstellen können. Dieser Kampf muß uns an die Seite Sowjetrusslands, des ersten und einzigen Proletariatsstaates der Welt, führen.

Mit sozialdemokratischen Arbeitern, die so klar die politische Situation erkennen und den Mut haben, aus ihr konsequent die Schlussfolgerung zu ziehen, ist eine Zusammenarbeit — trotz aller Differenzen auf anderen Gebieten — nicht unmöglich. Wo der Wille zur Aktion vorhanden ist, verschwinden schnell alle Schattierungen.

Und so kam es, daß auch nicht ein Mißton den viertägigen Verlauf der Frankfurter Konferenz störte. Den Referaten der Genossen Solowoff und Brandier und dem groß angelegten und zweistündigen Vortrag der Genossen

Jettin (über den Kampf gegen den internationalen Faschismus) stimmte der Kongreß mit Begeisterung einstimmig zu.

Und man sah: plötzlich fielen die Mauern, die je Jahr und Tag errichtet worden waren. Und der sozialdemokratische Arbeiter erkannte in dem kommunistischen Arbeiter nicht einen Feind oder Störenfried oder den „Zertrümmerer seiner Gewerkschaft“, sondern den Kampf und Klassengenossen, der mit ihm für die gleichen Ziele kämpft. Kann es im Grunde etwas Selbstverständlicheres geben? Aber gerade das Selbstverständliche, das Natürliche von der Welt haben die Menschen immer verstanden künstlich zu hemmen, zu verdrehen, in sein Gegenteil zu verkehren.

In dem Augenblick, wo die Arbeiter diese selbstverständliche Zusammengehörigkeit, diese Harmonie, untereinander, als Lebensnotwendigkeit wieder erkennen werden — über alle Schranken, alle Zwiste, alle Intrigen, alle Mißverständnisse hinweg — in diesem Augenblick wird die Macht der heute von Rückzug zu Rückzug gezwungenen Arbeiterklasse wieder erstarken, wird sie unüberwindlich sein. Dann wird sie wieder des Glaubens werden (den große Teile von ihr schon verloren), daß der Sieg ihr gewiß ist, sobald sie zum entscheidenden Schlage ausholen wird. Diesen Glauben aber braucht sie.

II.

Wenn die Frankfurter Konferenz kein anderes Verdienst gehabt hätte, so darf sie mit Recht für sich jedenfalls dies in Anspruch nehmen, diesen Glauben an den Sieg wieder gewakt und gestärkt zu haben. Wodurch? — Zum ersten Male nach dem Raubzug der französischen Imperialisten an die Ruhr kamen im Frankfurter Proletariatsviertel, in einem Proletariatsaal französische und deutsche Arbeiter zusammen, um gemeinsam Wege und Ziele zu beraten und — darüber hinaus der gewonnenen Erkenntnis die Tat folgen zu lassen.

Die Verhandlungen der Konferenz gipfelten in dem Manifest an die Arbeiter aller Länder, in der Resolution über den Kampf gegen den Faschismus und in dem 18 Punkte umfassenden Aktionsprogramm: „Der räuberische Ueberfall des französischen Imperialismus auf das Ruhrgebiet und die Gefahr eines neuen Krieges.“ Das Aktionsprogramm ist zweifellos das bedeutendste Dokument dieser Tagung geworden. Aus seinen Hauptthesen ist hervorzuziehen in erster Linie:

Der Kampf gegen die Okkupation muß national und international geführt werden. Die Lösung in diesem Kampfe ist: hinaus aus den okkupierten Gebieten!

Zwischen der Arbeiterklasse und den Truppen im besetzten Gebiet ist eine systematische Arbeit zur Verbrüderung dieser von den feindlichen Bourgeoisien auseinander gehaltenen Arbeitsschichten zu organisieren. Den französischen, belgischen und englischen Soldaten muß durch die Tat bewiesen werden, daß die deutschen Arbeiter den herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich gleichermaßen unerschöpflich gegenüberstehen.

Es müssen deutsch-französisch-russische Brüderschaften der Arbeiter der wichtigsten Industriegruppen, vor allem der Eisenbahner, Berg- und Metallarbeiter gebildet werden. Aufgabe dieser Brüderschaften ist es, gemeinsame Solidaritätsaktionen vorzubereiten und durchzuführen, und mitzuhalten, die vom Aktionskomitee organisierten internationalen Aktionen den entsprechenden Umständen gemäß zu koordinieren.

International und national müssen Kontrollausschüsse aus den Arbeitern jener Industriezweige gebildet werden, die für den Transport und die Herstellung der Kriegsmittel verwendet werden. (Arbeiter der Rüstungsindustrie, Luftzeugwerke, Chemische Fabriken, Bergbau, Seelente, Eisenbahner und Transportarbeiter). Diese Kontrollausschüsse müssen in erster Linie an den Grenzen, an den Eisenbahnhauptpunkten und den Häfen geschaffen werden.

Da die Befreiung des Ruhrgebiets, so fährt das Aktionsprogramm fort, eine Folge der französisch-deutsch-englischen Konflikte um die Hegemonie ist, so haben die revolutionären Arbeiter dieser Länder neben den allgemeinen Aufgaben und Pflichten eine Reihe von besonderen Aufgaben zu erfüllen. In Deutschland ist es die komplizierte Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse: den Kampf gegen zwei Fronten zu führen. Das nächste Ziel ist: mit Hilfe der internationalen Aktion der Arbeiterklasse die imperialistischen Pläne der französischen Machthaber zunichte zu machen. Um die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse in stärkstem Maße zu schaffen, ist erforderlich: der Sturz der Cuno-Regierung und die Bildung einer revolutionären Arbeiterregierung.

Keine Cuno-Regierung, wie maskiert sie immer auftreten möge, wird — wie der deutsche Spießbürger schon wählte, — je auf eine Unterstützung Sowjetrusslands rechnen können. Wird sich dagegen aus den revolutionären Arbeitern aller Richtungen nach dem unvermeidlichen Sturz des Cuno-Kabinetts eine Arbeiterregierung bilden, so kann sie der energischen und kampftrohen Unterstützung der russischen Arbeiter- und Bauern-Republik gewiß sein. Die deutschen Arbeiter stehen wieder vor der Wahl: alles oder nichts! Verjüngen in tiefste Reaktion, in immer größere Verflavung, oder: Aufrichtung ihrer eigenen Herrschaft kraft ihres Sieges über die sie jetzt noch beherrschende Klasse. Mit Recht sagt die Resolution gegen den internationalen Faschismus zum Schluss: „Es muß den Arbeitern ins Bewußtsein gehämmert werden, daß das Schicksal der italienischen Arbeiterklasse ihr eigenes Schicksal sein wird, wenn sie nicht durch energischen revolutionären Kampf gegen die herrschende Klasse das Zutreten der minder klassenbewußten Elemente zum Faschismus verhindert.“

III.

Während die Wortführer der Bourgeoisie, die großen Blätter von Frankfurt und Köln, und die kleineren Berliner Plantagen der Illstein und Wisse in kriegsmäßiger Monotonie täglich zwei — und dreimal die Weisheit dieser internationalen Regierung verfluchen: wir müssen nur durchhalten, Einheitsfront zwischen Kapitalisten und Arbeitern! während Herr Ebert selbst „an die Ruhrbevölkerung“

der Abwehr gegen Umtriebe staatsfeindlicher Elemente zu schulden kommen ließen. Bietet ihnen den willkommenen Anlaß, ihr verderbliches Handeln mit dem Schein des Rechts zu umkleiden. Die Maßregelung von 5 Betriebsratsmitgliedern ist aber nur der äußere Anlaß des gegenwärtigen Konflikts, nicht die eigentliche Ursache.

Da der oberste Arbeiter unter dem alten System fürchtbar gelitten, so ist er sehr mißtrauisch, da er fürchtet, daß die alten Zustände wieder eingeführt werden könnten (Sie sind bereits schon da! Die Red.) Und daher seine starke Ablehnung gegen die illegalen Verbände, die vorgeben, die Grenzen schützen zu wollen, in Wirklichkeit aber in innerpolitische Ziele der bährischen Hiltelverbände verfolgen. Die Arbeiterklasse beachtete, einen 24 stündigen Generalstreik zu erklären und Straßendemonstrationen zu veranstalten. Da dadurch großes Aufsehen verursacht (?) und auch eine erhebliche Schädigung unserer Wirtschaft (!) eingetreten wäre, so verfluchten die Organisationsvertreter, die Arbeiterklasse davon abzuhalten. Das war aber nur möglich, wenn der vorhandenen Erregung ein anderes Ventil geöffnet wurde. Es entstand also der Beschluß, die Versammlungen abzuspalten, die die Unternehmer zum Anlaß nahmen, ihren Feldzug gegen die Betriebsräte und Gewerkschaften und damit auch gegen den größten Teil der Arbeiterklasse zu eröffnen. Hoffentlich gelingt es den verantwortlichen Stellen, die Unternehmer noch im letzten Augenblick zur Vernunft zu bringen, denn der Kampf und seine Wirkungen dürften von entsetzlichen Folgen (!!) begleitet sein.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der USPD, läßt sich aus Hindenburg berichten:

Selbst hervorragende Führer des Bürgertums erkennen an, daß dieser Streik eine politische Notwendigkeit ist, um die unerhörten Uebergriffe der illegalen Organisationen gegen einzelne Personen und den Staat abzuwehren. Man gewinnt den Eindruck, daß die oberste Schicht der Grubenbesitzer die Kraftprobe wollen, weil sie hoffen, daß aus ihr die Organisationsvertreter als Sieger und die freien Gewerkschaften als die vernichtend Geschlagenen hervorgehen.

Die „Schlesische Zeitung“ vom Donnerstag den 22. März berichtet:

Bei der Donnersmarchütte ist die Zahl der wieder zur Arbeit erschienenen Leute etwas gestiegen.

Dadurch will sie die Arbeiterklasse Schlesiens vom Kampf zurückhalten. Sie stellt die Sache hin, als wäre in Oberschlesien alles in Butter. Im übrigen regt sie sich über die „kommunistischen Heher“ auf, die „eifrig daran sind, den Streik auch auf Berlin auszudehnen.“

Nach der „Ostdeutschen Morgenpost“ ist der Generalstreik nicht zu fürchten.

Den Vogel abgeschossen, hat das im Waldenburger Gebiet erscheinende kapitalistische „Neue Tageblatt“. Es schreibt am 21. März:

Die Belegschaft der Concordiagrube hat nach dreitägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen.

Ueber den Verlauf der Mittwoch-Revierkonferenz schreibt das „Volksblatt“ u. a., daß sämtliche Gewerkschaftsführer sich für die 24stündige Vertagung der endgültigen Beschlußfassung ausgesprochen hätten, während alle anderen, im Betrieb tätigen Redner sich für die sofortige Proklamierung des Generalstreikes aussprachen. Die Unternehmer hätten Zeit genug zum Verhandeln gehabt. Der Vorschlag des Gewerkschaftsvertreter Franz (Bezirksleiter des Bergarbeiter-Verbandes), die Konferenz und die endgültige Beschlußfassung zu vertagen, begegnet in der Konferenz ihrem Widerspruch.

Ostonski jagte in dieser Konferenz unter anderem, die Arbeiterklasse müsse zeigen, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt ist und im Gegensatz zu den Unternehmern auf die Interessen der Allgemeinheit Rücksicht übt.“ Mit dem Opium der „Allgemeinheit“ will man die Arbeiter einschläfern. Die Arbeiterklasse als Klasse hat in diesem Falle nicht die mindeste Rücksicht zu nehmen auf die Unternehmer, auf die Bourgeois, die auch zur Allgemeinheit gehören. Wenn die Arbeiterklasse Rücksicht über den wird, tritt als Klasse mit aller Härte ihr Klasseninteresse zu verfechten, wird sie dieses „Rücksicht-üben“ teuer zu bezahlen haben.

Gibt nicht nach Proleten, bevor nicht alle Organe ausgeräuchert, bewaffnet Hundertschaften geschaffen und die gemäßigten Betriebsräte wieder eingestellt sind!

Ueber das Ergebnis der Mittwoch-Revierkonferenz berichtet der „Vorwärts“, (Zentralorgan der USPD), vom 22. März unter der sehr bezeichnenden Ueberschrift: „Die oberste Schicht der Untere“ u. a.:

Die Verhandlungen nahmen einen durchaus günstigen Verlauf und zeigten, daß keineswegs — wie eine gewisse Presse es hingestellt hat — die Arbeiter unter kommunistischem Druck stehen und unbedingt den Generalstreik wollen. Beschlüsse wurden heute nicht gefaßt.

Wenn der „Vorwärts“ von einem „durchaus günstigen Verlauf“ spricht, so sollte das den Arbeitern Oberschlesiens zu denken geben.

Die „Bergwacht“, das Kopfbblatt der mondänen „Breslauer Nachpost“, bringt gleichfalls diese Meldung, und überschreibt sie „Die Verhandlungen in Oberschlesien“, sonst kein Wort zum Kampf in Oberschlesien.

Auch die tschechischen Bergleute verraten!

Kerschberg, 22. März. Der Generalstreik der Bergarbeiter der Tschechoslowakei wurde durch den Verrat der reformistischen Bergarbeiterführer verrückt. Der Streik in Mährisch-Odrau ist vom kommenden Dienstag ab abgebrochen worden. Es findet kein Generalstreik statt. Die Arbeiter haben eine vollständige Niederlage erlitten. Das Parlament wird die Arbeitszeit am Samstag regeln, selbstverständlich gegen die Arbeiter.

In der letzten Wochenkongferenz beschloßen die Bergleute des Odrauer Gebiets noch die Verschärfung des Streikes und forderten die Prager Zentralleitung auf, in diesem Sinne zu entscheiden. Wie die obige Meldung unseres Berichterstatters zeigt, haben die Reformisten die kämpfenden Arbeiter schamlos im Stich gelassen.

patriotische Phrasen richtet (was übrigens — das muß ihm der Neid lassen — Wilhelm wirkungsvoller verstand), statt, wie es ihre Pflicht wäre, den Versuch einer Lösung des Problems anzudeuten, sagt die internationale Frankfurter Konferenz in ihren Resolutionen klipp und klar, wie sie sich eine Lösung vorstellt.

„Sage mir, womit du dich beschäftigst, und ich werde dir sagen, welcher Geistes Kind du bist!“ Was beschäftigt die Bürger und den Präsidenten dieser Bürgerrepublik? Welcher Geist befeelt sie? — „Der Geist — des passiven Widerstandes.“ Blödsinn sind alle, auch noch die kriegerischsten Sozialpatrioten von 1914 bis 1918 — wie auf Befehl, — Tolstojaner geworden. Blödsinn bekennen sie sich zum Faschismus. Die Armut kommt von der Power-tät. Sie sind zu Ende mit ihrem Latein. Sie fürchten und müssen fürchten den baldigen Zusammenbruch ihrer Bankrott-Politik.

Wie Rosa Luxemburg 1915 in ihrer Bolemit gegen die Kriegssozialisten (im ersten Heft der von ihr und Franz Mehring herausgegebenen „Internationale“) den Marxismus definierte, „Als die sozialistische Lehre, die zum ersten Male in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung die theoretische Erkenntnis mit der revolutionären Tatkraft des Proletariats gepaart, die eine durch die andere erweckt und befruchtet hatte,“ und wie sie dieser Feststellung hinzufügte: „Beide gehören gleichfalls zum innersten Leben des Marxismus; jede getrennt von der anderen, verwandelt den Marxismus in ein trauriges Zertrübnis seiner selbst.“ Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe eines halben Jahrhunderts von der theoretischen Erkenntnis des Marxismus die reichsten Früchte geerntet, durch ihre Säfte einen mächtigen Körper großgezogen. Gestellt vor die größte historische Probe, eine Probe, die sie oben-dreien theoretisch mit der Sicherheit eines Naturforschers vorausgesehen, und in allen wesentlichen Zügen voraus-gesagt hatte, versagte hier völlig das zweite Lebenselement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß zu verstehen, sondern sie auch zu machen. Mit samt ihrer mustergültigen theoretischen Erkenntnis und organisatorischen Kraft wurde sie vom Wirbel des geschichtlichen Stromes erfasst, im Nu wie ein steuerloses Rad umgedreht und unter die Winde des Imperialismus gestellt, gegen die sie sich zum rettenden Ufer des Sozialismus vorwärtsarbeiten sollte.“

Jedes Wort Rosa Luxemburgs trifft von neuem auf die heutige Konstellation zu, in der sich die Sozialdemokraten von heute befinden. Die Erkenntnis ist da; die Tat fehlt. Ja der Wille zur Tat ist nicht vorhanden.

Die aus aller Herren Länder herbeigeeilten Arbeiter haben in Frankfurt bekundet, daß sie als Revolutionäre, nicht als Anhängel der Bourgeoisie, gewillt sind, zu kämpfen und die theoretischen Erkenntnisse mit der revolutionären Tatkraft des Proletariats zu paaren, die eine durch die andere zu durchleuchten und zu befruchten. Das ist der Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befreiung, den die Arbeiter aus Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Polen, der Tschechoslowakei, Holland diesem Kongreß von Frankfurt zu danken haben.

Die Zechenorgesch wird bewaffnet.

Das Unternehmertum rüstet seine Gardien gegen das Proletariat aus, um dieses bei Gelegenheit niederzuknüppeln. So läßt der deutsch-nationale Direktor Lattau von Zechen Zollverein, Schacht 3, seine Beamten mit stahlgefüllten Gummimitteln ausrüsten. Auch dort daselbe Treiben wie in Oberschlesien. Das Unternehmertum bewaffnet seine organisierte Orgesch. Arbeiter, organisiert den Schutz gegen die faschistischen Mordbanditen.

Die Vereinbarungen zwischen USPD. und SPD. für die sozialdemokratische Regierung in Sachsen.

Kampf gegen den Faschismus.

Die USPD. und SPD. bilden in Sachsen proletarische Abwehrorganisationen. Diese haben die Aufgabe, die Demonstrationen, Versammlungen und das Eigentum der Arbeiterorganisationen zu schützen.

II. Amnestie.

1. Die Regierung bringt den Entwurf eines Amnestiegesetzes ein, nach welchem Straffreiheit gewährt wird:
 - a) für Rotbelikte;
 - b) für Abtreibungsdelikte.
2. Die Regierung wird auf Grund der Landtagsresolution vom 12. Juli 1922 für politische Delikte weiterhin im Wege der Einzelbegnadigung Begnadigungen gewähren.

III. Bekämpfung des Wuchers.

1. In den Gemeinden über 10 000 Einwohner und wo sonst ein Bedürfnis vorliegt, sind Preisprüfungsstellen zu errichten, mit der Aufgabe, im Interesse der Arbeiterklasse den Wucher durch eine energische Kontrolle der Händler und Preise zu bekämpfen.
2. Die Mitglieder der örtlichen Preisprüfungsstellen sind mit Ausweisen auszustatten. Sie haben das Recht, von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind, insbesondere über den Bestand, die Zufuhr und die Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs Erhebungen anzustellen.
3. Räume, in denen Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, können von den Mitgliedern der Preisprüfungsstellen jederzeit betreten und dazselbst Besichtigungen vorgenommen werden.
4. Die Preisprüfungsstellen und ihre Organe können das Vorlegen von Schlußscheinen, Rechnungen, Frachtbriefen, Lagerzettel, Ladenscheinen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken und Büchern, soweit sie sich auf den Ein- und Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beziehen, fordern und darin Einsicht nehmen.
5. Den örtlichen Preisprüfungsstellen sind Kontrollauschüsse mit den Befugnissen der Mitglieder der Preisprüfungsstellen anzugliedern.
6. Die Kontrollauschüsse werden in Betriebsrat-versammlungen oder allgemeinen Gewerkschaftsmitgliederversammlungen gewählt.
7. Auf Anzeige der Mitglieder der Preisprüfungsstellen oder Kontrollauschüsse ist die Wucherpolizei verpflichtet, einzugreifen und Beschlagnahmen vorzunehmen.

II.

1. An die Wucher- und sonstigen Gerichte sind Sachverständige aus den Kreisen der sachlich und beruflich vorgebildeten Verbraucher als Gutachter zuzulassen. Die Wucherg Gerichte sind mit Juristen zu besetzen, die die Gewähr dafür bieten, daß die Strafverfahren wegen Wucher rückstandslos im Interesse der Verbraucher durchgeführt werden.
2. Die Erledigung von schwebenden Strafverfahren ist bei Preistreibern, Kettenhandel und Wucher tunlichst zu beschleunigen.

IV.

Grundsätze für die Arbeiterkammer.

Die Regierung legt dem Landtag ein Gesetz über die Arbeiterkammer vor. Das Gesetz soll grundsätzlich folgende Punkte enthalten:

1. Die Arbeiterkammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
2. Die Mitglieder der Landesarbeiterkammer werden durch Urwahlen in den Betrieben gewählt, die dem Betriebsratgesetz unterstehen. Alle Beschäftigte in den Betrieben, die nicht dem Betriebsratgesetz unterstehen, desgleichen Landarbeiter, Forstarbeiter und Erwerbslose sind nach Berufsgruppen geordnet zu einem Wahlkörper zusammenzufassen.
3. Die Arbeiter und Angestellten der Betriebe haben in der Arbeiterkammer folgende Aufgaben zu erfüllen:
 - a) Gutachten vor Einbringung und Erlass von Gesetzen und Verordnungen zu erstatten und über die Wirkung von Gesetzen und Verordnungen der Regierung zu berichten.
 - b) Gesetzentwürfe, Initiativanträge und Beschwerden an die Regierung, eine Behörde oder eine sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts einzubringen.
4. Wahl und Wahldauer der Arbeiterkammer wird durch besonderes Gesetz geregelt.
5. Die Mitglieder der Arbeiterkammer sind absetzbar.
6. Den Mitgliedern der Arbeiterkammer werden Reise- und Tagegelder, sowie verloren gegangener Arbeitsverdienst erstattet.

Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung in Sachsen gebildet.

Dr. Zeigner zum Ministerpräsidenten gewählt.

Eigener Bericht der „Schles. Arbeiter-Zeitung“.

Dresden, 22. März. In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages wurde der Abgeordnete Dr. Zeigner mit 49 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt, 38 Stimmen erhielt Abgeordneter Dr. Kaiser, 8 Stimmen Abg. Dr. Seifert. Auf Arbeiterseite fehlt für den Ministerpräsidenten 1 Stimme. Da sämtliche Abgeordneten anwesend waren, hätte Dr. Zeigner 50 Stimmen erhalten müssen. Die Bürgerlichen hingegen haben eine Stimme mehr erhalten. Es muß also ein Sozialdemokrat für den Kandidaten der Volkspartei gestimmt haben.

Als der neugewählte Ministerpräsident eine kurze Erklärung abgab, daß er die Wahl annimmt, verlassen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei den Sitzungssaal. Es kommt zu stürmischen Austritten. Die Kommunisten rufen lebhaft: „Hinaus mit dieser Bande! Raus! Raus!“

Die gesamte bürgerliche Presse Sachsens heßt in scharfmacherischer Weise seit heute die Reichsregierung auf die künftige sächsische Regierung.

Die Regierungsbildung wird z. B. von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ als „Kollau vor Moskau“ bezeichnet. Der Ministerpräsident wird „Ministerpräsident von Kommunisten-Graden“ genannt. Die Presse versucht, die sozialistische Rechte gegen die Linke aufzubücheln.

In der gesamten sächsischen bürgerlichen Presse wird den Arbeitern der schärfste Kampf angelagt und das Einsehen der Reichsregierung verlangt.

Der Dresdener Bürger rat hat in einer Versammlung eine Entschließung eingebracht, in der er das Programm der USPD. und der SPD. für die Grundlage der Regierungsbildung einen schwerwiegenden Verfassungsverstoß nennt. Der Vorstand des Bürgerrats wendet sich an die nationalen Parteien und verpflichtet diese, dieser Regierung den schärfsten Kampf anzuliegen.

Die Aufregung auf Seiten des Bürgertums beweist, daß der Schutz ins Schwarze traf.

Die sieben Suchen.

Ein sozialer Roman von Jac. London.

7) Die Kirche sanktioniert das nicht,“ wandte der Bischof ein. Die Kirche protestiert nicht dagegen,“ entgegnete Ernst. „Und insofern die Kirche nicht protestiert, sanktioniert sie es; denn vergessen Sie nicht, die Kirche wird von der kapitalistischen Klasse unterhalten.“

„In diesem Licht habe ich die Sache noch nicht betrachtet,“ sagte der Bischof unbefangen. „Sie müssen sich irren. Ich weiß wohl, daß manches häßlich und schlecht in dieser Welt ist. Ich weiß, daß die Kirche das verloren hat, was Sie Proletariat nennen.“

„Sie haben nie das Proletariat gesehen,“ rief Ernst. „Das Proletariat ist außerhalb der Kirche und ohne diese entstanden.“

„Ich kann da nicht folgen,“ sagte der Bischof matt.

„Dann lassen Sie sich erklären. Mit der Einführung der Maschine und des Fabrikstems in der letzten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts wurde die große Masse des arbeitenden Volkes vom Land abgefordert. Das alte Arbeitssystem war zusammengebrochen. Das arbeitende Volk wurde von seinen Dörfern vertrieben und in den Fabriksstädten zusammengepfercht. Mütter und Kinder mußten an den neuen Maschinen arbeiten. Das Familienleben hörte auf. Die Bedingungen waren schrecklich. Es ist eine blutige Geschichte.“

„Ich weiß, ich weiß,“ unterbrach Bischof Morehouse mit schmerzlichem Gesichtsausdruck. „Es war schrecklich. Aber es ereignete sich vor anderthalb Jahrhunderten.“

„Und damals, vor anderthalb Jahrhunderten, entstand das moderne Proletariat,“ fuhr Ernst fort. „Und die Kirche kümmerte sich nicht darum. Während von den Kapitalisten ein Schlachthaus aus der Nation gemacht wurde, verhielt sich die Kirche stumm. Sie protestierte damals nicht, wie sie heute nicht protestiert. Wie Anstin Lewis von jener Zeit sagt, haben diejenigen, an die das Gebot: „Weidest meine Kammern,“ ergangen war, ruhig zugehört, wie diese Kammern in die Sklaverei verkauft wurden, wo sie sich zu Tode arbeiten mußten. Die Kirche war stumm, damals; aber bevor ich weiterfahre, erlaube ich Sie, entweder mir böllig beizustimmen oder es nicht zu tun. War die Kirche damals stumm?“

Bischof Morehouse jögerte. Er war, wie Dr. Hammerfeld, nicht an solche heftige Gespräche gewöhnt.

Die Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts ist geschrieben,“ sagte Ernst. „Wenn die Kirche nicht stumm gewesen wäre, würde es nicht in den Büchern stehen.“

„Ich fürchte, die Kirche war stumm,“ gab der Bischof zu. „Und sie ist es heute noch.“

„Da muß ich widersprechen,“ sagte der Bischof. Ernst wartete einen Augenblick, sah ihn scharf an und nahm die Herausforderung an.

„Tun wohl,“ sagte er. „Wir wollen sehen. In Chicago gibt es Frauen, die die ganze Woche für neunzig Cents arbeiten. Hat die Kirche protestiert?“

„Das ist mir völlig neu,“ war die Antwort. „Neunzig Cents die Woche. Das ist gräßlich.“

„Hat die Kirche protestiert?“ fragte Ernst hartnäckig.

„Die Kirche weiß das nicht,“ Der Bischof war in großer Berlegenheit.

„Doch hatte die Kirche den Befehl. Weidest meine Kammern,“ höhnte Ernst. „Im nächsten Augenblick sagte er: „Bereiten Sie mein häßliches Lächeln, Bischof. Aber können Sie sich darüber wundern, daß wir die Geduld mit Ihnen verloren haben? Wann haben Sie bei Ihren kapitalistischen Vereinigungen gegen die Verwendung von Kindern zur Arbeit in den Baumwollspinnereien protestiert? Sechs- und siebenjährige Kinder arbeiten jede Nacht in Zwölfstundenschichten. Sie sehen nie den hellen Sonnenschein. Sie sterben wie die Fliegen. Die Dividenden werden aus ihrem Blut bezahlt. Und aus den Dividenden werden in Neu-England prachtvolle Kirchen errichtet, in denen Hresgleichen den Sklaven, noll-bauchigen Empfängern dieser Dividenden annehmlische Flachheiten predigen.“

„Das wuhle ich nicht,“ murmelte der Bischof matt. Sein Gesicht war bleich, und es schien ihm übel zu werden.

„Sie haben damals nicht protestiert?“

Der Bischof schüttelte den Kopf.

„Dann ist die Kirche heute noch so stumm, wie sie im achtzehnten Jahrhundert war?“

Der Bischof schweig, und Ernst nahm plötzlich davon Abstand, den Punkt zum Ende zu führen.

„Und vergessen Sie nicht, daß, wenn je ein Kirchenmann protestiert, er entlassen wird.“

„Ich glaube kaum, daß das billig ist,“ war die Entgegnung.

„Wollen Sie protestieren?“ fragte Ernst.

„Zeigen Sie mir solche Schäden, wie Sie sie anführen, in unserer eigenen Gemeinde, und ich will protestieren.“

„Ich werde sie Ihnen zeigen,“ sagte Ernst ruhig. „Ich will mit Ihnen einen Gang durch die Höle machen.“

„Und ich werde protestieren.“ Der Bischof streckte sich in seinem Sessel, und über sein feines Gesicht breitete sich die Härte des Kriegers. „Die Kirche soll nicht stumm sein.“

„Sie werden entlassen,“ war die Warnung.

„Ich will das Gegenteil erproben,“ war die Antwort.

„Ich werde beweisen, daß die Kirche nur aus Unwissenheit getriert hat. Und weiterhin glaube ich, daß, was immer schreckliches im Produktionsprozess vorkommt, dies nur dadurch möglich ist, daß die kapitalistische Klasse darüber nicht unterrichtet ist. Sie wird alles, was unrecht ist, verbessern, sobald sie davon Mitteilung bekommt. Und diese Mitteilung zu machen, soll die Pflicht der Kirche sein.“

Ernst lachte. Er lachte brutal, und ich wurde zur Verteidigung des Bischofs angetrieben.

„Bedenken Sie,“ sagte ich, „daß Sie nur die eine Seite der Medaille sehen. In uns ist viel Gutes, obgleich Sie uns jegliches Gute absprechen. Bischof Morehouse hat recht. Das von Ihnen als schrecklich bezeichnete Unrecht der Unwissenheit entspringt der Unwissenheit. Die Schichten der Gesellschaft sind zu weit von einander getrennt worden.“

Der wilde Indianer ist nicht so roh und grausam wie die kapitalistische Klasse,“ antwortete er. „Und in diesem Augenblick habte ich ihn.“

„Sie kennen uns nicht,“ gab ich zur Antwort. „Wir sind nicht roh und grausam.“

„Beweisen Sie’s,“ forderte er mich auf.

„Wie kann ich es beweisen — an Ihnen?“ Ich wurde ärgerlich.

Er schüttelte den Kopf. „Ich verlange nicht, daß Sie es an mir beweisen wollen; ich fordere Sie auf, es an sich selbst zu tun.“

„Ich verstehe,“ sagte ich.

„Sie verstehen nichts,“ war seine grobe Antwort.

„Na, schon gut, Kinder,“ sagte der Vater befänftigend.

„Was liegt mir daran —“ begann ich unwillig. Aber Ernst unterbrach mich.

„Ich verstehe, Sie haben, oder vielmehr Ihr Vater hat, was daselbe ist, in den Sierra-Spinnereien Geld investiert.“

„Was hat das hiermit zu tun,“ rief ich.

„Nicht viel,“ begann er langsam, „hoch so viel, daß das Gewand, das Sie tragen, mit Blut besetzt ist. Ihre Nahrung ist eine blutige Nahrung. Das Blut von kleinen Kindern und starken Männern troßt von Ihren Dachbalken herab. Ich schließe meine Augen jetzt und höre immerfort: dröh, dröh, dröh, dröh.“

Warum gründen wir Kindergruppen?

Die kapitalistische Ausbeutung und Wirtschaftsweise, die auf rücksichtsloser Ausbeutung und Unterdrückung basiert, trifft mit besonderer Schärfe die wehrlosen Massen der Proletarierkinder. Ein großer Teil von ihnen geht schon im frühesten Alter an Unterernährung und mangelnder Pflege zugrunde. Die Kinderkrankheiten, Rachitis, Tuberkulose u. a. fordern mehr und mehr Opfer, der Todesengel schwebt bereit über dem proletarischen Kindergarten, das man fast das Schlagen seiner Schwingen hört. Dazu sind die Eltern durch ihre Armut noch gezwungen, diese gequälten Menschenknochen dem Kapitalisten zur Ausbeutung zu übergeben, damit diese etwas zum Unterhalt der Familie beitragen.

Zum Denken zu unbeholfen infolge der Erziehung der Schaffenden zu Arbeitssklaven, gelingt es den Besitzenden, die Proleten schon von klein auf ihrer Klasse zu entfremden, sie zu erfüllen mit Elendgeist. Da helfen Kinderhorter und Schulen, die von einem Gott erzählen, der ihnen als Belohnung für ihre irdischen Leiden himmlische Freuden im Jenseits garantiert; die ihnen von dem guten Landesherrn allerlei Anekdoten erzählen und das kindliche Gemüt byzantinisch beeinflussen. Die herrschende Klasse weiß sich Elemente heranzubilden, die später ihrer eigenen Klasse in den Rücken fallen und Schergen Dienste für die Unterdrücker leisten; die herrschende Klasse weiß: fromm erzogene Landeskinder sind Streikbrecherrefusen und uniformierte Verteidiger der kapitalistischen Klassenfronthe.

Aber darf das revolutionäre Proletariat diese Beemflung seiner Kinder durch die Kapitalisten dulden?

Die Arbeiterklasse muß neben dem Kampf um bessere Lebensbedingungen auch den Kampf um die geistige Besserstellung ihres Nachwuchses bejagen. Vollständige Beseitigung der Kinderarbeit und völlige Erziehung der Kinder im proletarischen Sinne wird zwar erst im Sowjetstaat möglich sein, aber doch kann heute schon in den kleinen Herzen das Klassenbewußtsein geweckt werden, damit es der herrschenden Klasse schwer wird, proletarische Kinder zu Heloten zu erziehen.

Wie das möglich ist?

Hier steht die Tätigkeit der kommunistischen Kindergruppen ein. Die kommunistische Kindergruppe macht die Kleinen aufmerksam auf eine reaktionäre Lehrerschaft, zeigt ihnen die ganze jämmerliche geistige Bildungslosigkeit (Rechenbücher, Rechensbücher, Byzantinismus), erweckt in ihnen den Menschenstolz, der sich ausbäumt gegen Fräulechen, und eint sie zur Solidarität mit ihren Schulfamuladen. Die kommunistische Kindergruppe weckt bei den kleinen Genossen den Käriegedanken, zeigt ihnen den Weg zur Bildung von Schülerräten, die den Lehrer und sein Unterrichtsprinzip scharf beobachten und reaktionäre Lehrer zur Amortisierung zwingen durch einmütige Aufreizen der ganzen Klasse. So reinigt der schulpflichtige Jungprolet den Ort, der ihm der liebste sein wird, vom Morast kleinbürgerlicher Denkwiese.

Darüber hinaus wird der Genosse der kommunistischen Kindergruppe in der Familie der Gebende und Nehmende in anregender Unterhaltung mit Eltern und Geschwistern. Er beteiligt sich an der Diskussion über die Ursache der Notlage in der Familie, festigt das Band der proletarischen Gemeinschaft mit seinen nächsten Angehörigen und erlirbt nicht vor diesen in Ehrfurcht und Liebe, sondern er schätzt sie als das Höchste, was ein Mensch besitzen kann — als seine Genossen.

Mit diesen wenigen Worten wurde gesagt, was die kommunistische Kindergruppe zu tun vermag, aber es muß auch gesagt sein, wie die Kinder für die kommunistische Kindergruppe interessiert werden. Es gibt nichts Leichteres als dies!

Man betrachte die kleinen Genossen, mit welcher Freude sie arbeiten, wenn sie Aufgaben gestellt erhalten, wie sie ihre Zeitungen, Broschüren, Karten usw. an den Mann bringen, wie sie durch eifriges Geldsammeln und Stolz auf ihre Organisation den Fonds andauern, meistens dem sie Wanderungen, Kurse und Lichtbildvorträge arrangieren können. Man betrachte die kleinen Genossen, wie sie in diesen Unterrichtsmaßnahmen um ihre Weiterbildung bestrebt sind. Man betrachte den Stolz, mit dem sie ihre Organisationszugehörigkeit erklären. Die kleinen Genossen der Kindergruppen ahnen, daß sie der revolutionäre Nachwuchs des Proletariats sind, der die Arbeit der „Älten“ fortsetzen muß. Sie ahnen es — besser als mancher „Alte“.

Jeder Genosse und Arbeiter wird sich über die Bedeutung der kommunistischen Kindergruppen klar geworden sein, er wird bestrebt sein, diese Bewegung zu stärken und seine Kinder auf die Organisation der schulpflichtigen Jungproleten nachdrücklich aufmerksam zu machen. Die kommunistischen Kindergruppen sind die Stätten, in denen der Nachwuchs des Proletariats zum revolutionären Klassenkampf erzogen wird.

Werner Fischer.

Unsere „Triebwägen“

Vom Genossen J. Schendel-Breslau wird geschrieben: In der vorigen Nummer stand in der „Triebwägen“ ein Artikel des Genossen Niemwald, der weit vorausschauend den Ausbau der „Triebwägen“ behandelte. Damit ist eine äußerst wichtige Frage angeschnitten worden. Als gelegentlicher Mitarbeiter der „Triebwägen“ will auch ich einige Worte auf die Wagschale legen, hoffend, in der angebahnten Diskussion auch armen Teil zur Klarheit beizutragen.

„Triebwägen“ — was sagt das Wort?

Eine Triebwägen ist ein erhöhter Standpunkt, von welchem aus Berufene sprechen, deren Worten wir aufmerksam zuhören.

„Triebwägen für proletarische Kultur und Arbeit!“ — also davon handeln die Worte, welche da erklingen!

Vor einigen Wochen las ich hier einen mir lebhaft in Erinnerung stehenden Aufsatz über marxistische Literaturgeschichte. Darin wurde die Unterdrückung der proletarisch-sozialen Literatur durch die bourgeoise Literaturgeschichte scharf gezeugt. Nun ist es unbedingte Aufgabe der „Triebwägen“ dem Proletariat als Wegweiser zu dienen, dessen Pflicht auf diese Kunstwerke zu lenken und vielleicht das eine oder andere Mal, wenn es der Platz gestattet, eine kleinere Novelle oder ein Gedicht eines unserer Dichter zu bringen. Der Roman — ich erinnere an den vorigen von Maxim Gorki, und jetzt den von Jac London — den unsere Zeitung bringt, ist ja stets anerkannt gut. Die Bourgeoisiepreffe druckt Courtisane-Malerien. — Also, eine mit gutem Auge gewählte Novelle bringt die „Triebwägen“ noch lange nicht auf das tiefe Niveau der Unterhaltungsheilige einer bürgerlichen Zeitung.

Auf gleicher Stufe müssen auch Fragen wirtschaftlichen Charakters gepflegt werden. Dann folgen noch religiöse, gesundheitliche und andere allgemeine und interessierende Fragen. — So will ich in der Hoffnung schließen, daß unsere „Triebwägen“ und weiter Wegweiser einer Kultur bleibt und sich darin noch weiter ausbaut. Einer Kultur, die uns zur Bildung der kommunistischen Gesellschaftsordnung wesentliche Hilfe sein wird.

Vom Genossen R. Raabe-Breslau wird geschrieben:

Es gibt wirklich keine bessere Art, in den Massen mehr Interesse zu erwecken, als durch gute Bildungsarbeit in den Betagten der eigenen Zeitung. Wenn man sich überlegt, daß jährlich auf der Welt ungezählte Exemplare von wissenschaftlich-kulturellem Inhalt strotzende Blätter von uns Arbeitern gelesen werden, so lohnt es sich wirklich, auf die Ausstattung der Betagten

An den Gräbern.

(Am Gedanken an die Gefallenen in Mitteldeutschland.)

Schwarz umflort das rote Panier
Stehen wir an Proletengräbern.
Wir weinen nicht —
Wir fluchen nicht,
Wir schwören nicht wie feige Bürger Rache.
Wir warten — — —
Wir warten
Auf den Tag des Gerichts.

Wunden bluten
Noch unter der Erde.
Augen glasen
Hervor aus dem Grabe.
Hirn liegt verspritzt
An der Mauer, von Hunden beleckt.

Die weisse Garde schiesst gut.
Die Mörder im Stahlhelm, sie haben
Ihr tückisches Handwerk gelernt.

Das Arbeiterblut schreit zum Himmel!
Färbt unsere roten Fahnen.
Röter als blutigstes Morgenrot.
Schuldlos gemordetes Blut
Brüllt nach Recht!

Genossen!
Rote Brüder!
Die ihr verfaul unter schwerer Decke.
Nicht umsonst
Seid ihr verblutet —
Euer heiliges Opfer
Ist nicht vergeblich
Der Freiheit gebracht.

Harms

mehr unser Augenmerk zu richten. Diese Blätter, die von bürgerlicher Seite herausgegeben werden, zwingen uns aber deren Fühlen und Denken auf und erziehen uns zu Dugensmenschen, die von bürgerlicher Weisheit abhängig sind. Wir wollen aber keine Durchschnittsmenschen sein, sondern unier Zweck ist, in unseren Zeitungen die Genossen von dem bürgerlichen Gedankentanz über das Alltägliche hinweg geistig auf ein höheres Niveau zu bringen.

Doch, woher sollen wir, die wir vielleicht beitragen zur Ausstattung der Betagten, als Arbeiter das Material nehmen, auf andere bildend zu wirken? Diese Frage ist leicht zu beantworten. Uns stehen viele, viele Bücher wissenschaftlicher und sozialer Tendenz aus den Verlagen der Arbeitervereinigungen zur Verfügung, und diese Schätze uns zumute zu machen und unserem Geiste einzuverleiben, muß die Aufgabe eines jeden Arbeiters sein. Doch auch die bürgerlich-wissenschaftlichen Quellen, sei es in Gestalt von Vorträgen oder Zeitungen, müssen benutzt werden. Wir müssen die Blumen sein, die aus all den Blumen Honig entnehmen, das bürgerliche Gift aber unbeachtet lassen.

Viele Genossen würden gern schreiben, wenn sie nicht fürchten würden, abschlägig beschieden zu werden und aus diesem schmerzhaften Schamgefühl heraus entsteht die Scheu, irgend etwas zu unternehmen. Andere wieder senden einen Artikel ein und fühlen sich verlegt, wenn ihre Zuschrift aus technischen Gründen oder wegen mangelnder Druckfertigkeit nicht aufgenommen wird. Solche Genossen sind wohl in der Minderheit, aber es kommt vor. Es sind viele Fragen zu erörtern, sehr richtig, doch jeder schreibt wohl nur über das, was ihn am meisten bewegt oder empört, darum ist es begreiflich, daß jumeist Artikel eingekassiert werden, die die brutale Ausbeutung der Proleten geißeln.

Ein heisses Thema ist wohl die Abhandlung über sexuelles Leben und ihre Auswirkungen auf das ganze geistige und soziale Gebiet. Weniger kleinbürgerliche Ideologie, sondern schlechte Ausdrucksmöglichkeit hindern viele Genossen, sich überhaupt an der Debatte über diesen Gegenstand zu beteiligen. Man ist noch immer der Meinung, daß ein Bericht schon gedreht sein muß und soll noch lernen, frei von der Leberweg zu reden oder zu schreiben.

Ein dankbares Thema, das auch noch viel der Aufmerksamkeit bedarf, ist das der sogenannten „freien Liebe“. In vielen, von uns angeregten Diskussionen ergab sich, daß die Genossen eine ganz falsche Vorstellung davon hatten. Man stellte sich eine Art höherer Prostitution darunter vor und nur schwer gelang es, die Genossen zu überzeugen, daß es eine gewisse ideale Ehe sei. Solche Themen sind anregend und berühren die Genossen am meisten. Durch Ausgestaltung der „Triebwägen“ mit Abhandlungen über die Gewinnung und Verarbeitung der jeweiligen Rohstoffe, der verschiedensten Branchen, werden wir die „Triebwägen“ auf die Höhe bringen. Daß die Genossen der Kohlenreviere die meisten Beiträge liefern, kommt wohl daher, daß dort die Intelligenz der Arbeiter gedrängt beisammen ist und durch Diskussionen mehr Anregung gegeben wird. Wir freuen uns stets, aus dem Leben der Bergarbeiter etwas zu erfahren und wollen uns bestreben, es ihnen gleichzutun.

Rinogauer.

Es ist Sonntag. Nicht gedrängt sitzen und stehen die Menschen im großen Kinosaal der „Schauburg“. Jung, alt, Männer, Frauen, Bergleute, Komkoristen, Lehrer, Beamte, Reichswehrsoldaten — alle verfolgen sie in stiller Aufmerksamkeit die auf der Leinwand taumelnden Bilder. Der Andrang ist so groß, daß man es für nötig hielt, vor der Kasse einen Schupmann aufzupflanzen. Die billigeren Plätze sind ausverkauft, nur noch Fremdenloge für 2000 Mark und Speislo für 1200 Mark zu haben. Hunderte, die für ihre Eintrittskarte 1200 Mark bezahlt haben, stehen in lamstrommer Geduld während der ganzen Vorführung.

Fast atemlose Stille herrscht im Saal, nur ab und zu hört man ein leises Flüstern. Deutlich vernimmt man das rasche, regelmäßige Taktat des Apparats. Eine Weige, begleitet von einem Klavier, spielt eine wiegende Weise.

Menschen, was wollt ihr im Kino?

Auf hoher See steht man in weiter Ferne ein Schiff. Es kommt näher und näher. Ein Meeräuber ist es. Stolz und selbstlicher schneidet er das stürmische Meer. Der Häuptling, eine kraftvolle, schöne Männergestalt, erteilt Befehle. Der Wind spielt mit seinen Kleidern. Dort in der Ferne eine Insel, stürmisch umwoht das Meer die granitfeste Felsen. Die junge Helbin, ein hübsches Weib, hält in der Hand eine Pistole; ihre energischen und doch so hilflosen Gesichtszüge verraten den festen Willen, den Feind ohne viel Worte über den Haufen zu schießen. Ein Bild wechselt das andere ab. Gelunde, kräftige Menschen greifen zielbewußt in das Rad des Schicksals ein. Durch nichts sind sie gebunden, denn Preise für Waren und Gegenstände, die sie zu ihrem Leben brauchen, existieren für sie nicht. Auch steht man während der ganzen Vorführung nicht, durch welche Berufsarbeit sie ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie sind frei von allen kleinlichen Sorgen des Lebens.

Die Zuschauer aber kennen nichts anderes als ihre Berufsarbeit. Tagtäglich laufen sie zu ihrer Arbeitsstätte, müssen dort auf jeglichen eigenen Willen verzichten müssen. Arbeiten verrichten, die in ihnen keine Schaffensfreude auslösen, denn sie arbeiten nicht nur zu arbeiten, sondern um Geld zu verdienen. Und Geld brauchen sie, um ihr graues, zielloses Leben fristen zu können, um Kräfte zu haben, dem verhassten Beruf nachzugehen. Sklaven sind es, und keine Menschen, diese Zuschauer. Arbeiter nennt man sie aber auch Proletarier.

Und weil die Vorfahren dieser Proletarier einstmal freie Menschen waren, und weil der letzte Funke des Menschentums in ihnen durch das alles Höhere vernichtende Privatkapital noch nicht ausgeiligt ist, so sehnen sie sich bewußt oder unbewußt nach Freiheit, nach Schönheit. Mit Gewalt wollen sie ihr persönliches graues Leben verbessern, wollen, wenn auch nur einmal in der Woche, wenn auch nur für kurze Zeit, wenn auch bloß durch Selbstbetrug, wenn auch bloß in Gedanken, denn ihre Körper sitzen unbeweglich auf den harten Sitzen, sich als freie Menschen fühlen, wollen durch nichts gebunden sein, wollen schöne Menschen sehen, wollen das wogende Meer, die Brandung, die herrliche Sonne und die Berge ihr eigen nennen. Und deshalb gehen sie ins Kino, um dort das zu finden, was ihnen im wirklichen Leben fehlt.

Genossen, so man sich euch spottet über die Kinobesucher und bezeichnet sie als diejenigen, die nicht mitkämpfen wollen an der Befreiung des Proletariats. Mit Spott kann man hier nicht helfen. Wir müssen unseren Klassengenossen, die selbst fühlen, wie zwecklos, ziellos und grau ihr Leben ist, ein Lebensziel geben. Wir müssen mit anziehendem, begeistern dem Beispiele vorangehen. Nicht bloß bei Demonstrationen und Versammlungen sollen wir zeigen, daß wir Kommunisten sind, sondern jeden Tag und jede Stunde. Der Funke der Freiheit und die Sehnsucht nach Freiheit glimmt in jedem Menschen. Zeigen wir unseren Klassengenossen, daß wir nicht bloß um materielle Vorteile kämpfen, sondern daß wir auch das persönliche Leben jedes einzelnen frei, schön und zielbewußt machen wollen. Gelingt uns dies, so ist der Sieg über die Bourgeoisie unser.

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Partie Nr. 23.

Französische Partie.

Ge spielt im Jahre 1891 in Simpsons Binnan in London.

Weiß: N. Roman. Schwarz: N. Zasnogradsky.

1. e2—e4	e7—e6	23. Lc1—h6	Le7—h4
2. d2—d4	d7—d5	24. Tf1—f3	Tf8—g8
3. Sb1—c3	Sg8—f6	25. Td1—f1	Lh4—e7
4. e4—e5	Dh3—g4	26. Dh3—g4	Sb3—d4
5. f2—f4	c7—c5	27. Se2×d4	c5×d4
6. d4×c5	Sb8—c6	28. Dg4×d4	Dd8—b6
7. Sg1—f3	Sd7×c5	29. Dd4—f4	Ld7—c6
8. Lf1—b5	Lc8—d7 (1)	30. Lh6—f8!	Tg8×f8
9. 0—0	a7—a6	31. Df4×f8	Ke8—d7 (5)
10. Lb5×c6	b7×c6	32. Dh8—f4	a6—a5
11. Kg1—h1	Lf8—e7	33. Sc3—a4	Db6—b5
12. Sf3—d4	Sc5—b7 (2)	34. b2—b3	Dh5—e2
13. Dd1—g4	g7—g6 (3)	35. Df4—d4!	Tb8×b3? (6)
14. Lc1—d2	c6—c5	36. Dd4—a7+	Tb3—b7
15. Sd4—e2	Sb7—a5	37. Sa4—c5+	Lc7×c5
16. Tal—e1	Ta8—b8	38. Tf3—f7+	Le5—e7
17. Ld2—c1	Sa5—c6	39. Tf7×e7+	Kd7×e7
18. Dg4—h3	Sc6—b4	40. Da7—c5+	Ke7—d8
19. a2—a3	Sb4×c2	41. Dc5—d6+	Kd8—c8
20. Tel—d1	Sc2—a1	42. Tf1—f3+	Lc6—e8
21. f4—f5! (4)	Sal—b3	43. Tf8×e8 matt	
22. f5×g6	f7×g6		

1. Bis hierher haben beide Spieler die von Steinitz angegebene Variante der französischen Partie nachgespielt. Hier erzwingt Steinitz jedoch Lc7.

2. Die Rochade steht zwar gefährlich aus, war aber doch wohl besser.

3. Damit wird der Königsflügel gelockert, was sehr bedenklich ist.

4. Durch seine Operationen auf dem Damenflügel hat Schwarz wohl einen Bauern gewonnen, aber Weiß hat inzwischen Gelegenheit gehabt, den Angriff auf den Königsflügel vorzubereiten.

5. Lc7×f8 folgt matt in zwei Zügen durch T×f8+ um.

6. Es folgt jetzt ein hübscher eleganter Schluß.
Aufgaben und Lösungen zu stellen an:
Oskar Lorenz, Wilmersdorf 12.
Wilfried Görtner, Weim. 24.

Breslau. Soziales.

Gegen die Zwangsarbeit.

Die Arbeitslosen in Breslau kämpfen bereits seit Monaten gegen die ihnen mit Hilfe Breslauer Gewerkschaftsbünde auferlegte Zwangsarbeit auf den Friedhöfen. Herr Stadtrat Priescher, der Bevormahnder dieser Zwangsarbeit, hat, um sein Verstehen zu wahren, in sämtlichen Breslauer Zeitungen einen Propagandaartikel, gezeichnet S. P., für die Pflichtarbeit veröffentlicht, den die „Volkswacht“, das angelegte Organ für die wertvolle Bevölkerung, die Arbeiter nennen es nur noch das Organ der Häuler des führenden Großhandels, kommentarlos veröffentlichte. Angehört dieser vereinten Hebe von Bürgertum und SPD-Führern gegen die Arbeitslosen drücken wir nachstehend eine uns vom Arbeitslosenrat zugegangene Zuschrift ab.

Wenn unter den Arbeitslosen Breslaus eine Erregung und Erbitterung Platz gegriffen hat, so tragen hieran einig und allem die Herren Stadtrat Priescher und Magistratssekretär Mannchen, als Vorgesetzten der Erwerbslosenfürsorge, die Hauptschuld, denn diese beiden sind es ja, die mit aller Gewalt auf Abarbeitung der Erwerbslosenunterstützung bestehen. Als in dieser Angelegenheit im Rathaus in Anwesenheit des Herrn Oberbürgermeisters eine Sitzung stattfand und ein Mitglied des Erwerbslosenrates den Vorschlag machte, man solle die Pflichtarbeit bis zur endgültigen Entscheidung der Reichsregierung ruhen lassen, lehnte Herr Stadtrat Priescher diesen Vorschlag ganz energisch ab. Wenn der Magistrat erklärt, es würden nur Arbeiten verrichtet, die im Haushalt nicht vorgesehen sind, und daß in anderen Jahren diese Arbeiten doch auch verrichtet worden sind und der Magistrat ganz einfach für Beschaffung von Mitteln hierfür sorgen muß, sind wir gern bereit, ihm Wege zu zeigen, wie Mittel beschafft werden können.

Wir fragen hiermit die Öffentlichkeit an, ob sie es für recht hält, daß man Leute im Alter von über 60 Jahren sowie diejenigen, die keine Schuhe und Sachen haben, bei Wind und Wetter zu diesen Arbeiten schickt? Man fragt nicht danach, daß die Arbeitslosen, die nichts im Magen haben, 1-1 1/2 Stunden Weg zur Arbeitsstätte haben und dieselben auch wieder zurückgehen müssen, so daß nicht eine achtstündige, sondern eine zehn- bis elfstündige Arbeitszeit in Frage kommt. Ein sehr großer Teil der Arbeitslosen, kaufmännische Angestellte, Bürogehilfen, Schneider und andere, welche in ihrem ganzen Leben eine beratige Arbeit noch nie ausgeführt haben, schickt man eben dazu, ohne Rücksicht zu nehmen, ob sie die Arbeiten ausführen können oder nicht. Wir sind der Meinung, daß, wenn die Pflichtarbeit nicht eingeführt worden wäre, der Magistrat verpflichtet ist, Arbeitslose im Wochenlohn einzustellen, was auch viel vernünftiger wäre. Wenn der Magistrat in seinem Artikel nun damit haufieren geht, daß er denjenigen Arbeitslosen, die Pflichtarbeit verrichten, billige Lebensmittel verabreichen läßt, so entzieht er dieselben anderen Arbeitslosen, denn bis vor kurzem war es üblich, daß alle Unterstützungsempfänger 3 B. Speck zu einem niedrigeren Preise erhielten. Dies hat man aber geändert, und es erhalten den Speck nur diejenigen, die die Unterstützung abarbeiten. (Man freibt also Unterstützungswirtschaft.) Im übrigen macht der Magistrat ein glänzendes Geschäft. Er läßt städtische Arbeiten auf Kosten des Reiches ausführen, denn von der Erwerbslosenunterstützung braucht die Stadt nur ein Sechstel zu tragen, während das Reich fünf Sechstel der Kosten trägt. Was wird nun die Bürgerschaft dazu sagen, wenn der Magistrat a contu desien, daß er die Erwerbslosenunterstützung abarbeiten läßt, auch die hohen Kosten für dieselbe tragen muß, d. h. die gesamten Kosten der Erwerbslosenunterstützung müssen von der Stadt an das Reich zurückgezahlt werden. Die Breslauer Bevölkerung müßte Millionen und Milliarden neue Lasten tragen, und das Reich wird mit Freuden auf unseren Vorschlag eingehen.

Welches soziales Herz Herr Stadtrat Priescher und sein Adjutant Herr Magistratssekretär Mannchen, haben, geht daraus hervor, daß man diejenigen Arbeitslosen, die die Zwangsarbeit nicht ausüben, damit bestraft, daß man ihnen einfach zwei Tage Unterstützung einbehält, trotzdem eine gesetzliche Forderung gar nicht vorhanden ist, wonach die Erwerbslosenunterstützung bis zur Strafe gegen Arbeitslose zu verhängen. Es wird also direkt gegen die bestehenden Gesetze verstoßen.

Wenn der Magistrat, und besonders Herr Priescher, glaubt, daß das Zuschneiden von Gräbern eine leichte Arbeit ist, so möchten wir den Herren, die dieses System eingeführt haben, den guten Rat geben, daß diese Arbeiter selbst einige Zeit zu verrichten und Arbeitslose an ihre Position setzen zu lassen. Wir sind der festen Überzeugung, daß diese Herren dann sehr schnell zu einer anderen Bewertung der angeblich so „leichten“ Gartenarbeit kommen würden.

Zusätzlich müssen es die Arbeitslosen als Schlimmes aufassen, daß sie schlechter gestellt werden als Almosenempfänger, denn jeder Arbeiter erhält an seiner Arbeitsstelle den Lohn, dagegen muß sich der Arbeitslose alle Tage auf dem Arbeitsamt melden, wußt sich den Schikanen des Beamten fügen, und kann, trotzdem er die Unterstützung abarbeitet, nicht über seine freie Zeit verfügen, sondern muß obendrein von früh 8 bis 1 Uhr mittags auf seinen verdienenden Lohn warten.

Dem Magistrat dürfte es wohl nicht unbekannt sein, daß die Arbeitslosen den Schikanen der Herren Inspektoren (z. B. Gofel) ausgesetzt sind, wenn sie die ihnen ungenutzten Arbeiten zu deren Zufriedenheit nicht ausüben. Diese Herrschaften gehen sogar so weit, daß sie den Arbeitslosen erklären, sie würden dafür sorgen, daß denselben die Unterstützung entzogen wird.

Wenn der Herr Magistratsrat Manches behauptet, daß diejenigen Arbeitslosen, die keine Sachen und Schuhe haben, solche von der Erwerbslosenunterstützung erhalten, so beruht diese Behauptung nicht auf Richtigkeit, denn die Beileidungsfelle ist ja nicht einmal in der Lage, diejenigen Arbeitslosen mit Kleidungsstücken zu versehen, die dieselben bezahlen wollen. Es wird hier also mit diesen Unwahrscheinlichkeiten operiert.

Alle Arbeiterpartei. Demnächst finden Kräftigungswahlen statt; deren erste am 22. April im Stadtteil Breslau. Zur Erleichterung aller Arbeiterpartei an diesen Tagen werden politische Versammlungen abgehalten und bereits angefangen zu veröffentlichen. Alle Arbeiterpartei kommen ihrer Verpflichtung nach und beteiligen sich an der Wahlarbeit für die sozialistischen Parteien.

Zentralkommission für Sport und Körperpflege
Bezirksamt Breslau
Küh. Platz

Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Schwermetall. Die Mannschützungsarbeiten am 18. März zeigten folgendes Ergebnis: Im Heben: Eisenbahn I (125%), Punkte gegen Eisenbahn II (110%), Punkte 2: 0; Festes (131%), Punkte gegen Ab-Abteil Breslau (132%), Punkte 0: 2; Germania gegen Festes ohne Punkte. Im Ringen: Eisenbahn I gegen Eisenbahn II 10:0; Festes gegen Ab-Abteil Breslau 1: 9; Germania gegen Festes 4: 8. — Sonntag den 25. März nachmittags 2 Uhr, im Lokal Stadt Antonow, Rathhausstraße 181, außerordentliche Bezirksitzung. Sämtliche Parteien sowie doppelt angegebene Mitglieder sind jedes Vereins willkommen zur Teilnahme.

Die Bezirksleitung.

Die folgende Arbeitslosigkeit. Ueber den Arbeitsmarkt im Februar berichtet der Magistrat: Auch im Februar hat sich der Arbeitsmarkt für die Hauptberufe weiter verschlechtert. Eine geringe Besserung war im allgemeinen für die vor-

lichen Berufe, für die männlichen nur in der Holzindustrie und im Baugewerbe ein. Auf 100 offene Stellen entfielen in der Holzindustrie 240 Arbeitsuchende (gegen 422 im Januar), im Baugewerbe 3500 (gegen 4215). Weiter verschlechtert hat sich die Lage im Nahrungsmittel-, im Bekleidungs- und im Dienstleistungsgewerbe. In den ungelagerten Berufen ist dagegen eine Besserung festzustellen. Zwar stieg auch hier die Verhältniszahl der Arbeitsuchenden von 549 auf 773, doch stieg die Vermittlungszahl noch stärker, nämlich von 21,2 auf 59,1. In den angestellten Berufen bleibt die Nachfrage nach Arbeitskräften nach wie vor weit hinter dem Angebot zurück. Von 772 Kriegsverletzten und Erwerbslosenbeschränkten konnten 91 vermittelt werden.

Es ergibt sich also im wesentlichen dasselbe Bild wie im Januar. Die Arbeitslosigkeit wächst weiter. Die Kriegsverletzten sind dem Hungertode ausgesetzt. Staat und Behörden sind unfähig und unwillig, die Arbeitsuchenden in die Produktion einzureihen. Sie lassen die Opfer des kapitalistischen Systems rücksichtslos verhungern.

Die Sonderjuckermarken für Säuglinge, hoffende und stillende Mütter, Nr. 265 und 266, werden vom 21. bis 31. März in den Läden des Breslauer Konsumvereins und des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ sowie in den durch Ausschuss kenntlichen Geschäften der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhändler mit je 1 Pfund Zucker zum Preise von 550 Mark beliefert. Eine weitere Verteilung von Säuglingszucker findet nicht statt.

Bevölkerungsbewegung im Monat Februar 1923. Fortgeschriebene Bevölkerung am 31. Januar 1923: 563 355, Zahl der Geborenen (ausschließlich Totgeborene) 862, Zahl der Gestorbenen (ausschließlich Totgeborenen) 892, Geburtenüberschuss — 30, Zahl der von auswärts Zugezogenen 3630 (darunter 197 Haushaltungen, 3111 Einzelpersonen), Zahl der nach auswärts Abziehenden 3529, (darunter 166 Haushaltungen, 3164 Einzelpersonen), Wanderungsgewinn 1, Bevölkerungszunahme 29, fortgeschriebene Bevölkerung am 28. Februar 563 326.

Balkenham. Mitgliederversammlung. Bericht vom 6. Bezirksparteitag. Am 10. 3. fand unsere Mitgliederversammlung statt. Genosse Vallmann gab den Bericht vom 6. Bezirksparteitag und betonte, daß die Delegierten mit dem Verlauf des Bezirks-Parteitages sehr zufrieden waren. Zum 2. Punkt referierte Genosse Beduette über die wirtschaftliche und politische Lage. Sein Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion unterstrich Genosse Hanke die Ausführungen des Genossen Beduette. Beim Punkt „Beschwerden“ enthielt sich ebenfalls eine lebhaft ausgeführte Diskussion. Am 6 Uhr schloß Genosse Winter die vom Geist der Arbeit getragene Versammlung.

Freiburg. Öffentliche Volksversammlung. Während der Wahlperiode der SPD hier am Ort den vierzigjährigen Todestag des Geistesriesen Karl Marx „feierlich“, hatte die Ortsgruppe der SPD zu einer großen öffentlichen Volksversammlung aufgerufen, um des großen Führers zu gedenken, indem man für die Verwirklichung seiner Idee eintrat. Daß dies der richtige Weg ist, bewies der gute Besuch, zu einem vollen Erfolg hat uns die hiesige Polizei verholfen. Zwei von diesen Hütern der heiligen Ordnung hatten sich eingefunden, dienstlich, in Zivil, wie sie dem Kassierer angeboten, als sofort nach Eröffnung Genosse Kutsche anfragte, ob der Ausnahmezustand verhängt worden sei, weil öffentliche Versammlungen wieder unter Polizeiaufsicht stünden, antworteten die Jünger Marx, daß sie aus privaten Gründen anwesend seien und den Eintritt bezahlen wollten. Was naturgemäß großes Gelächter unter den Versammelten auslöste. Genosse Kugel schilderte in vorzüglichen Ausprägungen, nachdem er die Wichtigkeit des Tages gewürdigt, wie in dem Faschismus eine ungeheure Gefahr für die Arbeiterklasse heraufbeschworen worden ist. Er forderte auf, geschlossen gegen dieses Treiben in proletarischen Hundstößen zu stehen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, um zu verhindern, daß Deutschland ein zweites Italien werde.

Großen Jubel löste es aus, als Genosse Kugel die Tätigkeit der Polizei ins gehörige Licht rückte. Nach der Versammlung konnten es sich die Herren von der Polizei nicht verkneifen zu erklären, sie seien nur gekommen, weil sie mußten, daß der Referent gut sprechen könne. Wir stellen demgegenüber fest, daß niemand von der Ortsgruppe gewußt hat, wer als Referent erscheinen wird. Hoffen zugleich, daß die Polizei auch fernherhin aus nächster Nähe Versammlungen interessant machen kann.

Kartellisierung. Am Donnerstag, den 15. März, hielt das hiesige Gewerkschaftsamt seine gutbesuchte Monatsitzung ab. Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, kam man zu Punkt 2 der Tagesordnung: Die Tätigkeit des hiesigen Kontrollausschusses. Kollege Kutsche gab einen Bericht, in welchem zum Ausdruck kam, daß es auf Grund unserer heutigen Besetzung fast unmöglich ist, wirklich Positives zu erreichen. Aber es war auch zu erkennen, zu welcher Sorte die hiesigen Geschäftskreise gehören. So mußte man es erleben, daß z. B. für ein paar Stiefelchen in einigen Geschäften 800 Mark gezahlt wurden. Diefelben gab ein Lederhändler ab mit 200 Mark mit dem Bemerkten, der neue Einlauf kostet 450 Mark. Als der Fall von „Fachleuten“ unterlucht wurde, stimmte alles. Eine Schneiderin verlangte Arbeitslohn für ein Kleid 3000 Mark, während ein Schneidermeister 18000 verlangte. Aber auch hier stellten „Fachleute“ den eumandereinen Handel fest. Besonders empörend ist das Verhalten der Fleischermeister am hiesigen Ort. Diese Leute, welche vor Zeit kaum aus den Augen sehen kann, glauben Preise fordern zu können nach Belieben. Der Bohnen, welcher eines Freitags verhängt worden ist, hatte wohl zur Folge, daß man das Fleisch, solange Bohnen standen, billiger verkaufte, als diese aber sich entzweiten, sofort wieder das wilde Treiben losging. Die Polizei stellte sich natürlich auf die Seite der „Herren“ Meister und verhängte sogar, Verhaftungen vorzunehmen. Die Freiheit der Fleischer ging so weit, daß man in einer Sitzung eine Resolution vorlegte, wonach man an jedem Pfund Fleisch 1500 Mark zuzugeben. Einen Meister, welcher nicht die Marktpreise forderte, warf man aus der Sitzung. — Auch machte man das Verständnis, daß die Fleischer untereinander beim Viehhof sich die schmutzigste Konkurrenz bereiten und so auch wiederum die Preise in die Höhe trieben. Kollege Kutsche machte die Mitteilung, daß man in einer Sitzung in Breslau mit Regierungsvertretern verhandelt, daß es in Schlesien 1000 Viehhändler gibt, wovon die Hälfte nicht dem Fleischerstande angehört. Scharfe Maßnahmen gegen dieses schändliche Treiben wurden beschlossen. Dergleichen sollen vom Magistrat Anträge für die Mitglieder des Kontrollausschusses geordert werden. Zur Finanzierung des Kontrollausschusses wurde beschlossen, daß die Mitglieder der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften einen Spardarlehntag in der Höhe des vierzigsten Teiles eines Stundenlohnes zu zahlen haben. Unter Berücksichtigung wurde die Frage des proletarischen Selbstschutzes aufgeworfen. Nachdem einige Genossen als Gäste hierzu gesprochen hatten, wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Kartellverband zur Weitervermittlung zu übergeben.

Am Sonntag, den 18. März, hielt die hiesige Ortsgruppe zu Ehren der Gelben der Revolution ihre diesjährige Tagung ab. Der große „Aufmarsch“ war wohl besetzt, als Beweis, daß Freiburgs Arbeiterbewegung die Größe des

Tages zu überleben wußten. Das Programm war sehr ansprechend und löste allseitige Zustimmung aus. Sämtliche Darbietungen bewegten sich auf einem hohen Niveau. Eingeleitet wurde die Feier durch den Choral „Trauermarsch“, worauf die beiden Arbeiter-Gesangvereine den Chor: „Empor zum Licht“ zum Vortrag brachten. Hierauf hielt Genosse Schober die Ansprache, welche Regitationen von Schauspielern Garmis, Breslau, folgten, die als sehr gut gelungen zu bezeichnen sind. Herr Garmis erwies sich als sehr geschickter Regisseur, der es versteht, die Vorträge den Umständen wirklich nahe zu bringen. So wechselte das Programm in würdiger Reihenfolge, noch bereichert durch einige Kampflieder der Jugend. Zum Schluß wurde von allen Anwesenden die „Internationale“ gesungen. In dieser Stelle sagen wir allen, die zum Gelingen des Abends beigetragen, besten Dank. Insbesondere den Gesangsvereinen, welche sich idealistisch der guten Sache widmeten. Ihre Darbietungen haben bewiesen, daß sie noch auf der alten Höhe und darüber hinaus sind, so daß wir nicht veräumen wollen, alle fangesliebenden Arbeiter aufzufordern, den Vereinen beizutreten.

Gottesberg. Am Freitag, den 16. März, fanden zwei öffentliche Volksversammlungen statt. War die Vormittagsversammlung mäßig besucht, so war nachmittags der große Saal des Hotels „Waldau“ dicht besetzt. Aufmerksam lauschten die herbeigeeilten Kruppen den Ausführungen des Genossen G. G. G. G., der in verständlicher Weise über: „Den Kampf Deutschlands, Ruhrbesetzung, Faschismus und proletarischen Selbstschutz“ sprach. In der Diskussion sprachen sich alle im Sinne des Referenten aus und betonten vor allem, daß es unbedingt an der Zeit wäre, auch im oberen Westfalen zur Bildung von proletarischen Hundstößen zu streiten. Ein Genosse streifte noch die schäbige Handlungsweise der SPD-Mehrheit im Staatsparlament, die durch die uns dünnt mit den Bürgerlichen gehen. Sodann wurde ein Ausschuss gewählt, welcher die nötigen Vorarbeiten in die Hand nimmt. Die Versammlung war vom besten Geist besetzt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen G. G. G. wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die revolutionäre Einheitsfront und unter dem Gesang der „Internationale“ geschlossen. Der äußerste Erfolg war: Sammlung für den revolutionären Kampftag 24000 Mark, für Unterstützungen 18000 Mark, Literatur wurde für 12000 Mark verkauft. Auch wurden Beitrittsanträge und neue Mitglieder gewonnen. Man liegt es an uns, die Spitze auszunützen und unsere Partei am Ort immer mehr zu festigen und auszubauen.

Steingrund. Wieder ein Opfer des Kapitalismus. Am Montag in der Mittagszeit wurde im Kriegsschacht durch einen zusammenbrechenden Pfeiler der Bauer Richard Bunn unter den Westeinstößen begraben. Da man ihn bis zum Sonntag noch nicht herauspöhlen konnte, muß man seinen Tod bestimmt annehmen.

Weigelsdorf. Öffentliche Versammlung. Die am 15. d. Mitt. tagende öffentliche Volksversammlung der Partei war ziemlich gut besucht. Genosse Hermann Müller-Vogelwitz referierte über das Thema: Die politische und wirtschaftliche Lage national wie international. Er ging des näheren ein auf die Ursachen der Ruhrbesetzung, deren Folgen und die Konsequenzen, welche die Arbeiterklasse hier, wie im Ausland, zu ziehen hat. Anschließend referierte Genosse Wagner-Weigelsdorf über das Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Krisen desselben in der Vorkriegszeit und wie selbiges sich jetzt im Verlehen befindet. Genosse Wagner führte der Versammlung vor Augen, daß es heiligste Pflicht der Arbeiterklasse ist, diesen Verlehenungsprozess mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern und nicht durch Unterstützung der Arbeitergemeinschaftsämter der Gewerkschaftsbürokraten wie SPD-Führer dieses morche System noch über Wasser halten und sich den Leidensweg dadurch zu verlängern. Zur Beileidigung des Systems zeichnet die SPD den groden Weg vor. Des weiteren wies Genosse Wagner darauf hin, speziell in den Gewerkschaften dahin zu wirken, diejenigen Führer, welche die Arbeitergemeinschaftsämter nicht aufgeben wollen, zur Demission zu zwingen und an deren Stelle Führer zu stellen, welche durch die Tat beweisen, wie man in geschlossener proletarischer Front dem Kapitalismus den Todesstoß versetzt. In der Diskussion gestellte Genosse Orner Weigelsdorf das bedauernde jämmerliche Verhalten von Gewerkschaftsleitungen bei Verhandlungen. Im Schlußwort ging Genosse Müller noch auf den Reichsbetriebsratetage ein. Er schilderte eingehend die russischen Verhältnisse speziell der russischen Roten Armee, welche schwört nicht wie früher in der wilhelminischen Armee: „Mit Gott für Kaiser und Reich“, sondern sie schwört zur Fahne rot, für die Beileidigung des internationalen Proletariats vom Jogh bis zum Kapitalismus. Am Schluß der Versammlung wurde der Betrag von 2080 Mark für Deckung der Antosen gesammelt. An Broschüren wurden für 400 Mark verkauft. Einige Parteigenossen wie Zeitungseiner der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ wurden gewonnen.

Mitteilgüt. Mitgliederversammlung der SPD vom 11. März. (Bericht über den Bezirksparteitag.) Die Tagesordnung umfaßte nur 3 Punkte. Nach Verlesen des Protokolls gab Genosse Ohmann den Bericht über den Bezirksparteitag. Nachdem Gen. O. diesen Punkt ausgiebig in einem einstündigen Referat behandelt hatte, entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, in der hauptsächlich die Betriebs- bzw. Gewerkschaftsfragen besprochen wurden und auf die Notwendigkeit derselben besonders hingewiesen wurde. In seinem Schlußwort wies Genosse Ohmann darauf hin, daß es ein ernstliches Zeichen für die gesamte Partei ist, daß die Genossen in unserer Ortsgruppe die Wichtigkeit der Tat unserer Partei biligen und daß für die Betriebs- bzw. Gewerkschaftsfragen sofort Verstandnis gezeigt wurde, jetzt aber unbedingt verlangt werden muß, zur Tat überzugehen und die Strukturen überall auszubauen. Punkt Verschiedenes löste eben, als wieder eine lebhafteste Aussprache aus, an der sich nicht weniger als 10 Genossen sowie ein Jugendgenosse beteiligten. U. a. polemisierten einige Genossen gegen die Redaktion der „Schl. A.-Ztg.“, unseres Parteiorgans, indem sie auf die Unzulänglichkeiten derselben für die oberhalb Verhältnisse hinwiesen. Sie betonten, daß die Redaktion den Artikeln der oberhalb Genossen nicht gerecht werde, indem ihr Artikel der Schwereheit wichtiger erscheinen und für unsere Partei dann rein Raum vorhanden ist. Weiter kam noch zum Ausdruck, daß die ganze Schreibweise der „Schl. A.-Ztg.“ in jeder Beziehung der „Schl. Roten Fahne“ zurücksteht und daß in Arbeiterkreisen sehr vermisst wird. Genosse Ohmann trat dieser Angriffen entgegen und betonte, daß die Genossen einen großen Teil Schuld daran tragen, indem sie zu wenig am Ausbau unserer Parteipresse praktisch mitwirken. Genosse W. unterstützte die Ausführungen des Vordredne's, meinte aber, daß eine sachliche Kritik gegenüber der Redaktion doch notwendig sei, weil unsere Artikel in der „Schl. A.-Ztg.“ zu wenig zu sich selbst werden, in denen für uns Berichten ungenügend und nicht auch, daß die Schreibweise der „Schl. A.-Ztg.“ unter der Arbeiterklasse sehr vermisst wird, begt aber die Hoffnung, daß der Bezirks-Parteitag, jedenfalls diese Angelegenheit behandelt hat und jetzt jedenfalls dieses Uebel beileidigt wird. Nach reichlicher ersprießlicher Aussprache schloß Genosse Ohmann um 8 Uhr die Versammlung mit einem Appell, mehr denn je an die Parteiarbeit ranzugehen, damit wir instande sind, die uns gestellten Aufgaben auch zu erfüllen.

Genossen werbt neue Abonnenten